

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Ein Jahr nach den Special Olympics World Games – Zeit für eine Bilanz

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Vor einem Jahr standen die „Special Olympics World Games“ unmittelbar bevor: Sie fanden vom 17. bis zum 25. Juni 2023 in Berlin statt. Etwa 7.000 Athleten aus 190 Ländern nahmen teil. Die Veranstaltung stellte das größte Sportereignis in Deutschland seit Ausrichtung der Olympischen Spiele 1972 dar und galt als wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Situation der Sportler mit intellektuellen Beeinträchtigungen bzw. mehrfacher Behinderung.

Die Spiele erzeugten eine fulminante Begeisterung bei allen Beteiligten und entfachten eine gewaltige und in diesem Ausmaß nicht erwartete Resonanz bei den Zuschauern (www.ard.de/die-ard/presse-und-kontakt/ard-pressemeldungen/2023/06-26-Hohe-Publikumsresonanz-bei-Special-Olympics-World-Games-ARD-zieht-positive-Bilanz100/). Mit der Durchführung der Spiele war die Hoffnung verbunden, dass sich die Situation für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen bzw. mehrfacher Behinderung, die Sport treiben wollen, nachdrücklich verbessert. Positive Veränderungen sind hier unerlässlich, weil auch weiterhin nur eine besorgniserregend geringe Zahl dieser Menschen sportlich aktiv ist. Zu den Einzelheiten wird insoweit auf die Bundestagsdrucksache 20/8858 verwiesen.

Die Fraktion der CDU/CSU hat zur Thematik am 22. Juni 2023 ein Fachgespräch durchgeführt sowie den Antrag „Mehr Teilhabe im Sport – Den Erfolg der Special Olympics World Games nutzen“ gestellt, der am 19. Oktober 2023 im Plenum des Deutschen Bundestages debattiert wurde. Mit dem Antrag wurde die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, zu untersuchen, warum der Anteil der Sportler unter den Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen bzw. mehrfacher Behinderung so gering ist, und anschließend die festgestellten Defizite zu beheben, indem vor allem eine umfassende Barrierefreiheit bei den Sportangeboten sichergestellt wird. Zudem sollte die Schaffung von gezielten Förderprogrammen geprüft sowie untersucht werden, inwiefern positive Konzepte aus anderen Ländern übernommen werden können.

Um die Thematik politisch nachhaltig zu begleiten, ist es erforderlich, nach einem knappen Jahr nach der Durchführung der „Special Olympics World Games“ die Situation des Sportangebots für diese Menschen erneut genauer zu betrachten und zu analysieren. Diesem Ziel soll der vorliegende Antrag dienen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel daher auf,
1. darzulegen, wie sich die Situation von Menschen mit Behinderungen im Sport seit dem Ende der „Special Olympics World Games“ verändert hat;
 2. zu erklären, inwieweit die Erfahrungen der Bundesregierung mit den „Special Olympics World Games“ Einfluss auf die Sportpolitik für Menschen mit Behinderungen bereits gehabt hat und aktuell hat;
 3. für eine angemessene finanzielle Förderung des „Teams Special Olympics Deutschland“ zu sorgen und
 - a. dazu diese Förderbedarfe in das vorgesehene Sportfördergesetz und
 - b. auch im Entwicklungsplan Sport, sofern er eine Weiterentwicklung erfährt, angemessen zu berücksichtigen;
 4. den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention inhaltlich mit dem Sportfördergesetz und dem Entwicklungsplan Sport zu verknüpfen;
 5. die Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung vor allem von Menschen mit geistigen Behinderungen zu stärken und auszubauen und insoweit auch eine besondere Kompetenz für die Beratung zu inklusiven Sportangeboten vorzuweisen;
 6. zur Erfüllung der genannten Forderungen intensiv mit Ländern und Kommunen zusammenzuarbeiten, um Fortschritte für den inklusiven Sport zu erzielen;
 7. durch eine Analyse der Situation in anderen Ländern Ideen zu entwickeln, wie Menschen mit geistigen, aber auch allen anderen Behinderungen verstärkt an den Sport herangeführt werden können und
 8. weiterhin die Ziele zu erreichen, die bereits im Antrag „Mehr Teilhabe im Sport“ (Bundestagsdrucksache 20/8858) genannt wurden.

Berlin, den 14. Mai 2024

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion